UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456

Medieninformation

Kritische Rohstoffe: Warum Deutschland seine Abhängigkeiten strategisch reduzieren muss

Universität Greifswald, 17.11.2026

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat am 17.11.2026 in Berlin ein weiteres Teilgutachten vorgestellt. Es trägt den Titel "Funktionale Souveränität bei Technologien und Rohstoffen". Darin wird empfohlen, strategische Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen und Technologien zu verringern. Prof. Dr. Sabine Schlacke, Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Greifswald, hat an den Handlungsempfehlungen mitgewirkt. Sie betont die Bedeutung verlässlicher rechtlicher Rahmenbedingungen, um die Versorgungssicherheit zu stärken und staatliche Handlungsspielräume zu sichern.

Die Energiewende, die Digitalisierung und eine sichere Gesundheitsversorgung hängen von Rohstoffen und Technologien ab, die Deutschland bislang teilweise aus wenigen Ländern bezieht. Das Teilgutachten "Funktionale Souveränität bei Technologien und Rohstoffen" zeigt auf, wie sich daraus entstehende Abhängigkeiten verringern lassen. Das darin enthaltene Konzept der "funktionalen Souveränität" benennt drei zentrale Handlungsfelder: den Rohstoffbedarf senken, internationale Lieferbeziehungen diversifizieren und eigene Produktionskapazitäten stärken. Damit zeigt der WBGU, wie Deutschland und Europa ihre Handlungsfähigkeit auch in internationalen Krisen sichern können.

"Wer Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleisten will, muss über kurzfristige Krisenreaktionen hinausdenken. Wir brauchen rechtliche und politische Rahmenbedingungen, die einen verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen fördern, internationale Kooperation ermöglichen und einseitige Abhängigkeiten begrenzen", sagt Prof. Dr. Sabine Schlacke, die als WBGU-Mitglied und Expertin für Verwaltungs- und Umweltrecht an den Empfehlungen mitgewirkt hat.

Weniger verbrauchen, breiter aufstellen und selbst handlungsfähig bleiben

Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Verringerung des Rohstoffverbrauchs. Besonders in den Bereichen Verkehr, Gebäude und energieintensive Industrie müssen Produkte langlebiger, reparierbarer und besser recycelbar werden. Dafür braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen. Hersteller könnten beispielsweise durch Regulierungen stärker in die Pflicht genommen, Anreize geschaffen oder Marktplattformen etabliert werden, um Produkte zurückzunehmen, zu reparieren und wiederzuverwerten.

Ebenso wichtig ist eine breitere Aufstellung internationaler Rohstoffpartnerschaften. So empfiehlt der WBGU, internationale Rohstoffpartnerschaften breiter aufzustellen. Deutschland und die Europäische Union sollten ihre Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnerländern ausbauen und dabei hohe soziale und ökologische Standards einhalten. Ergänzend könnten internationale Rohstoffpartnerschaften durch eine gemeinsame Krisenvorsorge und strategische Reserven gestärkt werden.

Darüber hinaus gilt es, eigene Produktionskapazitäten von Deutschland und der EU in strategisch wichtigen Bereichen zu sichern. Das betrifft insbesondere Technologien für die Energiewende sowie Produkte, die für die medizinische Versorgung und andere Bereiche der

öffentlichen Daseinsvorsorge unverzichtbar sind. Staatliche Anreize und verlässliche Nachfrage können Unternehmen dabei unterstützen, entsprechende Kapazitäten aufzubauen.

Sicherheit braucht nachhaltige Strategien

Das Teilgutachten ist Bestandteil des WBGU-Hauptgutachtens "Sicherheit - nachhaltig und integriert". Angesichts der dynamischen sicherheitspolitischen Entwicklungen veröffentlicht der Beirat einzelne Kapitel vorab. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Deutschland und Europa ihre Handlungsfähigkeit sichern können, ohne neue Abhängigkeiten zu schaffen oder ökologische und soziale Standards zu vernachlässigen.

Für Schlacke ist dabei entscheidend, Versorgungssicherheit nicht isoliert zu betrachten: "Technologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit entsteht nicht durch Abschottung. Sie braucht verlässliche internationale Regeln, faire Partnerschaften und eine konsequente Umsetzung politischer Ziele. Gerade das Recht kann dafür sorgen, dass kurzfristige Interessen nicht zu Lasten langfristiger Versorgungssicherheit und ökologischer Verantwortung gehen."

Die rechtlichen Grundlagen dafür bestehen bereits auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene. Entscheidend ist, sie konsequent anzuwenden und weiterzuentwickeln. Schlacke betont damit einen Aspekt, der in der sicherheitspolitischen Debatte häufig zu kurz kommt: "Rechtliche Verbindlichkeit und internationale Kooperation sind keine Gegensätze zu strategischer Unabhängigkeit. Sie schaffen vielmehr die Voraussetzungen dafür, dass Staaten auch in Zeiten geopolitischer Spannungen verlässlich zusammenarbeiten und ihre gesellschaftliche Versorgung langfristig sichern können."

Weitere Informationen
Publikation: WBGU - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2026): Sicherheit - nachhaltig und integriert: 3. Funktionale Souveränität bei Technologien und Rohstoffen. Berlin: WBGU. ISBN 978-3-946830-14-6

Zum Teilgutachten

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 anlässlich der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium gegründet. Er unterstützt die Bundesregierung dabei, globale Umwelt- und Entwicklungsherausforderungen zu bewältigen. Dazu untersucht er wissenschaftliche Erkenntnisse und internationale Entwicklungen und leitet daraus Empfehlungen für Politik und Forschung ab, die den Weg in eine nachhaltige Zukunft weisen.

Ansprechpartnerin an der Universität Greifswald
Prof. Dr. Sabine Schlacke
Lehrbereich für Öffentliches Recht
Ernst-Lohmeyer-Platz 1, 17489 Greifswald
Telefon +49 3834 420 2100
sabine.schlacke obscureAddMid() uni-greifswald obscureAddEnd() de